

(A) **Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um Vortrag der Registrande.

(Nr. 484.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Schneidermeisters George Schubert in Schneeberg wegen einer in einem Rechtsstreit angeblich erlittenen Vermögensschädigung.

**Präsident:** Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 485.) Anzeige der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die für unzulässig erklärte Petition des Polizeiwachtmeisters a. D. Max Rudolph in Dölitz bei Leipzig, eine Ehescheidungssache betr.

(Nr. 486.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Berginvaliden Ernst Schiffel in St. Michaelis bei Brand unklaren Inhalts.

(Nr. 487.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte weitere Petition des Berginvaliden Ernst Schiffel in St. Michaelis bei Brand unklaren Inhalts.

(Nr. 488.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Korbmachers und Militärinvaliden Guido Weise in Meerane um Gewährung einer Pension oder Unterstützung.

(Nr. 489.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Beschwerde des früheren Bahnwärters Emil Otto Harzendorf in Kleinraschütz bei Großenhain, das

(B) Wiederaufnahmeverfahren in einer Strafsache betr.

(Nr. 490.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Friedrich Louis Burkhart in Herold im Erzgebirge um Wiedergewährung der ihm gekürzten Unfallrente.

**Präsident:** Sämtliche 6 Anzeigen werden gedruckt und verteilt werden.

(Nr. 491.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Fabrikinspektors Hermann Witomsky in Dresden, seine Dienstaufkündigung als Stadtgendarm in Dresden betr.

(Nr. 492.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über die Petition des Gemeinderats zu Schönbach bei Sebnitz und Genossen um Errichtung eines Personenhaltepunktes daselbst.

(Nr. 493.) Desgleichen über die Petition des Landwirtschaftlichen Vereins zu Obergurig und Genossen um Errichtung einer öffentlichen Güterverkehrsstelle in Singwitz.

(Nr. 494.) Desgleichen über die Petition der Gemeindevertretungen zu Jöhstadt, Weipert i. B. und Pleil-Sorgenthal i. B. um Fortführung der Eisenbahn Wolkenstein-Jöhstadt von Ladestelle Jöhstadt nach Weipert i. B.

(Nr. 495.) Desgleichen über die Petition des Stadtrats zu Wolkenstein und Genossen um Fort-

führung der Preßnitzalbahn Wolkenstein-Jöhstadt von Schmalzgrube bis zur Landesgrenze bei Christophhammer-Preßnitz in Böhmen.

**Präsident:** Sämtliche 5 Anträge zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Entschuldigt ist für heute der Herr Abg. Donath wegen dringender Geschäfte.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 73 bis 76, 78, 81, 82 und 84 bis 87 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1910/11, Departement der Finanzen betreffend. (Drucksache Nr. 168.)

Berichterstatter Herr Abg. Harter.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort. Zunächst über Kap. 73.

Berichterstatter Abg. **Harter:** Meine sehr geehrten Herren! Bei einigen Titeln des Kap. 73 finden Sie für einige Beamte noch eine persönliche Zulage eingestellt. Ich möchte dazu nur erläuternd bemerken, daß diese persönliche Zulage um deswillen eingestellt worden ist, weil die betreffenden Beamten, wenn sie in ihren früheren Stellungen geblieben wären, in ihrem Gehalte höher gekommen wären, als für diese Stellen hier in diesem Kapitel nach der Besoldungsordnung vorgeschrieben ist.

Bei Tit. 14, Tagegelder, erbat sich die Deputation von der Königl. Staatsregierung Auskunft, ob eine Vorlage über Neuregelung der Tagegelder noch für diesen Landtag zu erwarten sei. Die Königl. Staatsregierung teilte daraufhin der Deputation mit, daß sie sich entsprechend dem im vorigen Landtage in der Zweiten Kammer angenommenen Antrage Wittig und Genossen, eine Abänderung des Tagegeldergesetzes betreffend, der Aufgabe unterzogen habe, einen anderweiten Gesetzentwurf vorzubereiten. Wenn die Regierung zurzeit noch davon Abstand genommen habe, diesen Gesetzentwurf vorzulegen, so sei dies deshalb geschehen, weil man im Reiche wie in unserem großen Nachbarstaate Preußen ebenfalls an eine Abänderung der dort geltenden Bestimmungen über Tagegelder und Reisekosten herantreten wolle. Bei den mannigfachen Beziehungen zwischen Reichsbeamten, preußischen und sächsischen Beamten dürfte es sich aber empfehlen, für die Neuordnung der Materie in Sachsen die Entwicklung im Reiche und in Preußen abzuwarten, um dann wie bisher die beiderseitigen Bestimmungen möglichst miteinander in Einklang zu bringen oder doch zum mindesten die